



## Mindestsicherungs-Konferenz 10.10.2014 Wien

### "Österreichische Realitäten und europäische Perspektiven"

Am **10. Oktober 2014** fand im Kolpinghaus **Wien-Zentral** die von der Armutskonferenz im Rahmen des Projekts **EMIN** - European Minimum Income Network und der Plattform "**Sichtbar Werden**" veranstaltete Mindestsicherungs-Konferenz statt. 120 Teilnehmer\_innen diskutierten die zahlreichen Facetten der komplexen Materie BMS in Österreich sowie Chancen und Gefahren von europaweiten Standards für Mindestsicherungssysteme. Sie erstellten zahlreiche Forderungen zur Sanierung des Systems und diskutierten die „Mühen der Ebene“, also Strategien der Bewusstseinsbildung in Öffentlichkeit und Politik.

Die Konferenz lebte insbesondere vom Expert\_innenwissen und Engagement der Menschen mit Armutserfahrungen, die aktiv in der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz beteiligt waren. Die Aktivist\_innen von „Sichtbar werden“ gaben Inputs an vielen Weltcafé-Tischen am Nachmittag der Konferenz, was spannende Begegnungen zwischen Expert\_innen qua Beruf und Expert\_innen qua Lebenserfahrung ermöglichte. Letztere verliehen der Konferenz mit einem aufsehenerregenden öffentlichen Auftritt auch einen aktionistischen Höhepunkt.

In seiner **Keynote** berichtete der Jurist **Walter Pfeil** (Universität Salzburg) von den Intentionen bei der Einführung der BMS im Jahr 2010 und deren Scheitern: Als einziger wirklicher Erfolg kann die Einbeziehung der BMS-Empfänger\_innen in die Krankenversicherung gewertet werden. Als Teilerfolge nannte er die Vorgabe von Mindeststandards in allen Bundesländern und bessere Anbindung an das AMS. Im Übrigen besteht die BMS vor allem aus Lücken und Mängeln: Lücken im Informationsmanagement der Behörden, Lücken in der Existenzsicherung, Lücken in der Rechtsdurchsetzung und immer wieder großen Mängel in der menschenwürdigen und diskriminierungsfreien Behandlung der Bezieher\_innen. Ihrem Ziel der Armutsbekämpfung konnte die BMS nicht gerecht werden.

In den darauf folgenden **Kommentaren** beschäftigten sich die Referent\_innen u.a. mit dem Spannungsverhältnis zwischen BMS und Grundrechten (**Barbara Weichselbaum**, Uni Wien), den drängendsten Problemen aus Sicht von NGOs (**Martina Kargl**, Die Armutskonferenz), oder der Situation in Deutschland unter Hartz IV (**Michaela Hofmann**, Caritas Deutschland). **Volksanwalt Günther Kräuter** bemängelte in seinem Kommentar die fehlende „Behörden-Sensibilität“ und verwies vor allem auf die hohen Zahlen, was die Nichtinanspruchnahme betrifft.

Im Themenbereich „**europäische Perspektiven**“ berichtete EMIN-Koordinator **Fintan Farrell** über den langen Kampf und die aktuellen Lobbying-Aktivitäten für **EU-weite Standards in der Mindestsicherung**, die ein würdevolles Leben und soziale Teilhabe ermöglichen sollen. Die restriktive EU-Austeritätspolitik und die großen wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen den EU-Staaten erweisen sich dabei als Hemmschuhe. So ist beispielsweise eine absurd anmutende Differenz in der Höhe der jeweiligen Mindestsicherungen festzustellen, die von 33,- € in einem der ärmeren EU-Staaten bis zu 1.200,-/Monat in einem der wohlhabenderen reicht. Ein Europa mit derart großen Unterschieden könne langfristig nicht Bestand haben. Als noch relativ unbekanntes Instrument in der Bestimmung einer adäquaten Mindestsicherung erweisen sich die sog. „**Referenzbudgets**“, über die



**Michaela Moser** (FH St. Pölten, Ilse Arlt Institut, Armutskonferenz) berichtete: Sie beruhen auf umfangreichen empirischen Untersuchungen und orientieren sich – im Unterschied zu den willkürlich festgelegten, bestehenden Armutsgrenzen – an den tatsächlichen Lebenshaltungskosten. Und diese liegen beispielsweise für alleinstehende Personen in Österreich bei rund 1.300,- € und damit um 60% (!) über dem Ausgleichszulagenrichtsatz.

Nach Einschätzung von **Marcel Fink** (Universität Wien) sind adäquate Mindestsicherungssysteme aktuell bei Kommission und Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Integration leider kein Thema. Er warnte vielmehr vor einem bevorstehenden sozialpolitischen Kahlschlag: 21 Mitgliedsstaaten haben sich für die nächsten Jahre zu teilweise massiven **Kürzungen der Sozialbudgets** verpflichtet. Fink resümierte: „Die Zeit der Konvergenz ist vorbei und wir werden Zeiten einer noch stärkeren Divergenz in der EU erleben.“ Marcel Fink sieht das aber keineswegs als Grund für Resignation, sondern als Anstoß noch stärker für soziale Rechte und Absicherung einzutreten.

Auf insgesamt **14 Weltcafé-Tischen** wurden abschließend umfangreiche **Forderungen zur Sanierung der BMS** formuliert. Diese reichen von der Forderung nach einer Leistungshöhe, die ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, über die Forderung nach Aufhebung der Regelungen zum Partnereinkommen bis zu Forderungen nach Begleitdiensten bei den Ämtern oder Ombudsstellen für Antragsteller\_innen. Ein zentrales Problem ist die enorm hohe Quote der Nicht-Inanspruchnahme, die sich vor allem aus den – meist berechtigten – Ängsten der Betroffenen erklärt: Angst vor den Regress- und Unterhaltsforderungen gegenüber der Familie, Angst vor Stigmatisierung auch am Wohnungs- und Arbeitsmarkt, Angst vor Verlust des Eigentums, Angst vor der demütigenden Behandlung auf den Ämtern etc. Auch das bedingungslose Grundeinkommen wurde ins Spiel gebracht, aber vor einer Gegenüberstellung der beiden Zugänge gewarnt; der politische Einsatz für eine adäquate Mindestsicherung wie für das bedingungslose Grundeinkommen sollte als gemeinsamer Kampf geführt werden.

Die Konferenz wurde von Armutsbetroffenen mit einer **Aktion im Zentrum Wiens** abgeschlossen: Reißt die Mauern nieder! Dabei wurde symbolisch eine "Mauer" niedergerissen, gebildet aus Barrieren, die Armutsbekämpfung verhindern: Willkür, prekäre Jobs, hohe Lebenskosten, Entwürdigung, Arbeitsplatzverlust, Sparpaket, Ungleichheit uvm.